

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 29. November 1927*

## Zonenfrage

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes weist darauf hin, dass in der Behandlung der Zonenfrage in Frankreich nun doch eine etwelche Beschleunigung zu erhoffen sei, da laut telegraphischen, gestern eingetroffenen Berichten der Gesandtschaft in Paris der französische Ministerrat sich mit der Sache befasst und beschlossen habe, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, er möchte den Berichtstatter der Senatskommission, Herrn Bérard, kommen lassen und ihm nahelegen, seinen Bericht zu vollenden, damit der Senat so bald wie möglich das Schiedsabkommen verabschieden könne. Das beweist doch, dass die französische Regierung ernstlich bestrebt ist, die Angelegenheit zu fördern. Allerdings vermochte der französische Botschafter, nach seiner Rückkehr aus Paris, wo er einer Besprechung mit Senator Bérard im Aussenministerium beigewohnt hatte, dem Bundespräsidenten noch keine bestimmten Angaben darüber zu machen, in welchem Zeitpunkte der Senat vermutlich die Angelegenheit behandeln werde<sup>1</sup>.

Sodann teilt der Vorsteher des politischen Departementes mit, er habe von alt Bundesrat Ador ein Schreiben bekommen<sup>2</sup>, worin dieser Protest erhebt gegen die Darstellung des Verlaufs der von ihm in Paris vor Abschluss des Versailler Friedensvertrages geführten Verhandlungen über die Zonen- und die Savoyerfrage<sup>3</sup>, wie sie in der Begründung des Antrages des Senators David auf Verschiebung der Behandlung des Zonenschiedsabkommens gegeben wird. In seinem Schreiben weist er darauf hin, dass gerade auf seine Veranlassung hin, in den Art. 435, Abs. 2, des Versaillervertrages<sup>4</sup> die Worte «d'un commun accord» aufgenommen wurden, nach seinem Sinne in der Absicht, eine einseitige Abänderung des Zonenregimes zu verhindern, wie sie von Frankreich dann allerdings doch durch die Vorrückung der Zollgrenze an die politische Grenze vorgenommen worden ist. Von einer vorweggenommenen Anerkennung einer solchen Massnahme Frankreichs durch ihn könne somit gar keine Rede sein; dies um so weniger, als er die Einfügung jener Worte gerade deshalb verlangt habe, weil in den Verhandlungen

1. Mit Schreiben vom 10. 12. 1927 teilte Motta dem schweizerischen Gesandten in Paris mit, dass er nicht mehr mit der Verabschiedung des Zonenkompromisses durch den Senat vor Ende des Jahres rechne und dass ein Treffen zwischen ihm und Briand in Genf anlässlich der Sitzung des Völkerbundesrates nicht sinnvoll erscheine, da keine praktischen Resultate zu erwarten seien (E 2200 Paris 1/2007). Vgl. auch Nr. 363.

2. E 2, Archiv-Nr. 1681; Schreiben vom 25. 11. 1927.

3. Diese Verhandlungen dauerten vom 29. 4. bis 5. 5. 1919.

4. BBl 1919, V, S. 223.

29. NOVEMBER 1927

607

eine Andeutung über die Absicht Frankreichs, die Zollgrenze vorzuschieben, gefallen war<sup>5</sup>.

Der Vorsteher des politischen Departementes ist der Meinung, es würde bei der französischen Regierung einen guten Eindruck machen, wenn ihr der Protest von alt Bundesrat Ador zur Kenntnis gebracht würde, und ersucht um die Ermächtigung, dies zu tun<sup>6</sup>.

Diese Ermächtigung wird auf Grund der Beratung erteilt.

Gleichzeitig wird der Meinung Ausdruck gegeben, es wäre zu begrüßen, wenn der Protest des Herrn Ador der Öffentlichkeit durch eine geeignete Zeitung bekanntgegeben würde, worauf sich der Vorsteher des politischen Departementes bereit erklärt, in dem Antwortschreiben an Herrn Ador eine Anregung in diesem Sinne zu machen.

---

5. *Der Protest Adors veranlasste das Politische Departement zu einer Prüfung des genauen Sachverhaltes. Von besonderem Interesse sind die in diesem Zusammenhang verfassten Exposés der 1919 direkt beteiligten L. Cramer vom 20.12.1927, L. Boissier vom 21.12.1927 und A. Dunant vom 5.1.1928. Diese Dokumente in: E 2, Archiv-Nr. 1646. Zum Verlauf der fraglichen Verhandlungen vgl. auch DDS VII/1, Nr. 375, Annex 4.*

6. *Dunant überreichte dem französischen Aussenministerium am 14.12.1927 ein entsprechendes Memorandum (E 2200 Paris 1/2007).*